

Nachrichten

Pressemeldung

Gütersloh, 11.03.2013

Der Renteneintritt der Babyboomer setzt die Rentenversicherung schon bald wieder unter erheblichen Druck

Studie der Bertelsmann Stiftung: Ohne neue Weichenstellungen sind ein weiterer Rückgang des Rentenniveaus und steigende Beiträge unvermeidlich



Foto: iStockphoto.com/pkline

Wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1970 demnächst aus dem Berufsleben ausscheiden, wird das Niveau der Renten in Deutschland weiter sinken und der Beitragssatz steigen müssen. Um eine langfristige Unterfinanzierung der gesetzlichen

Rentenkassen zu verhindern, reichen einzelne Veränderungen nicht aus, sondern nur ein Paket an Maßnahmen. Dies ergibt eine Simulationsrechnung der Bertelsmann Stiftung zur langfristigen Tragfähigkeit des deutschen Rentensystems. Danach werden die bereits vorgenommenen Rentenreformen, aber auch eine weiter steigende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt nicht ausreichen, um das Rentensystem langfristig stabil zu finanzieren. Wirklich entlastende Effekte würde dagegen die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung bewirken. Darüber hinaus auch eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen, eine tiefgreifende Verbesserung der Bildungsstruktur oder eine nochmalige Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Der zusätzliche Druck auf das Rentensystem ergibt sich nach den Berechnungen aus dem anhaltenden demographischen Wandel in der deutschen Bevölkerung. Während heute der Anteil der über 65-Jährigen bei 30 Prozent liegt, sieht die Prognose für 2030 einen Anteil von 49 Prozent und für 2060 von 63 Prozent. Damit entsteht spätestens ab 2030 ein neuer Anpassungsbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zwar werden sich bis 2030 die Veränderungen von Beitragssatz und Rentenniveau in Grenzen halten. So wird der Beitragssatz auf 21,3 Prozent ansteigen, während das Rentenniveau auf 45,2 Prozent absinkt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Geburtenrate gleichbleibt, die Lebenserwartung nur zwei Jahre pro Dekade steigt und die Nettozuwanderung bei durchschnittlich 150.000 pro Jahr liegt. Die weitere Fortschreibung dieser Größen bis zum Jahr 2060 würde allerdings dazu führen, dass der Beitragssatz auf 27,2 Prozent ansteigen muss, wenn wenigstens noch ein Rentenniveau von 41,2 Prozent erreicht werden soll.

Auch ein beschleunigtes Wachstum von Arbeitsproduktivität und Löhnen könnte dabei nicht für nennenswerte Entlastungen sorgen. Selbst bei einem jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1 Prozent ließe sich der Anstieg des Beitragssatzes nur um 0,7 Prozentpunkte auf 26,5 Prozent begrenzen.

Den schnellsten und größten Erfolg verspräche allerdings die direkte Ausweitung des Versichertenkreises durch die Einführung der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht für Selbstständige und Beamte. Durch ihre Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung könnte die Senkung des Rentenniveaus und der gleichzeitig steigende Beitragssatz gestoppt werden. Unter diesen Bedingungen wäre schon 2020 ein Rentenniveau von 48,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 18,9 Prozent möglich. Und auch in der Langfristperspektive würde der Effekt erheblich sein. Das heißt, 2060 würde ein Beitragssatz von 24,7 Prozent für ein 50,8-prozentiges Rentenniveau ausreichen.

ANSPRECHPARTNER



Juliane Landmann

Telefon:
+49 5241
81-81245



Eric Thode

Telefon:
+49 5241
81-81581

PROJEKT

Wirtschaftliche
Dynamik und
Beschäftigung

WEBLINK

[zum Artikel der FAZ](#)

DOWNLOADS

[Studie zur Alterssicherung und Arbeitsmarktdynamik \(1.6 MB\)](#)

[Methodenbericht zum Simulationsmodell \(2.8 MB\)](#)

[Grafik: Effekte einer Einbeziehung Selbstständiger und Beamter \(315 KB\)](#)

[Grafik: Effekte erhöhter Beschäftigung \(367 KB\)](#)

[Grafik: Effekte höherer Qualifikationen \(332 KB\)](#)

Berechenbare aber deutlich geringere Erfolge versprechen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine verbesserte berufliche Qualifikationsstruktur der Beschäftigten sowie längere Lebensarbeitszeiten. Könnte die durchschnittliche Frauenerwerbsquote in der Gruppe der 30- bis 55-Jährigen auf das Niveau der Männer (92 Prozent) gesteigert werden, würde sich der Beitragssatz 2060 im Vergleich zum Referenzszenario um 0,5 Prozentpunkte auf 26,7 Prozent reduzieren lassen und das Rentenniveau würde mit 41,8 Prozent um 0,6 Prozentpunkte darüber liegen. Würde dagegen das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 69 Jahre erhöht und so das effektive Rentenalter auf 67 Jahre angehoben, könnte 2060 immerhin ein Rentenniveau von 42,3 Prozent bei einem Beitragssatz von 26,2 Prozent gewährleistet werden.

Den vergleichsweise schwächsten Effekt auf die Rentenfinanzen würde die Verbesserung der Qualifikationen in Deutschland liefern. Ließe sich etwa der Trend zur Höherqualifizierung so weiter entwickeln, dass bis 2030 der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss von heute 18 Prozent auf 35 Prozent wächst und dass gleichzeitig der Anteil von Menschen ohne beruflichen Bildungsabschluss von 19 auf neun Prozent sinkt, so ließe sich der Beitragssatz im Jahr 2060 um lediglich 0,2 Prozentpunkte auf 27 Prozent reduzieren.

Größere Effekte als einzelne Maßnahmen würden von einem Maßnahmenbündel ausgehen. Gelänge es, gleichzeitig Renteneintrittsalter und Frauenerwerbsbeteiligung zu erhöhen sowie die Bildungsstruktur zu verbessern, wäre im Jahr 2060 immerhin ein Rentenniveau von 42,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 25,5 Prozent zu erwarten.

"Wenn die gesetzliche Rentenversicherung trotz der älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung finanzierbar und leistungsfähig bleiben soll, wird das sicherlich nicht ohne steigende Beiträge gehen. Wir haben es aber in der Hand, woher die Beiträge kommen", resümiert Eric Thode, Projektleiter der Bertelsmann Stiftung, die Ergebnisse der Studie. "Um die Lasten gleichmäßig und fair zu verteilen, brauchen wir eine Mischung aus steigender Arbeitsproduktivität, höherer Erwerbsbeteiligung und neuen Beitragszahlern. Nur so lassen sich langfristig eine Überforderung der Versicherungsgemeinschaft vermeiden und das Rentenniveau stabilisieren", so Thode weiter. "Aber nur wenn schon heute gleich eine Reihe von substanziellen Maßnahmen ergriffen werden, lassen sich die notwendigen Veränderungen behutsam und schrittweise umsetzen. Das Thema der langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen sollte damit ohne Frage zu den Kernanliegen der Regierung nach den Wahlen gehören."

Zur Studie

Das gesetzliche Rentensystem steht vor einer Phase wachsender finanzieller Anspannung, die durch den demographischen Wandel verursacht wird. Diese Perspektive erklärt die einschneidenden Reformen des Rentensystems, die in den vergangenen Jahren bereits ergriffen wurden. Sie sollte bei jeder neuerlichen Debatte zur Rentenpolitik nicht aus den Augen verloren werden. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat Prof. Dr. Martin Werding von der Ruhr-Universität Bochum umfangreiche Langfristprojektionen zur Entwicklung von Rentenniveau und Beitragssatz bis zum Jahr 2060 erstellt. Dabei wurden eine Reihe von Varianten der zukünftigen Entwicklung, wie etwa mehr Beschäftigung, bessere Qualifikationen und ausgewählte derzeit diskutierte Reformmaßnahmen analysiert.

Nachrichten

Pressemeldung

Gütersloh, 11.03.2013

Der Renteneintritt der Babyboomer setzt die Rentenversicherung schon bald wieder unter erheblichen Druck

Studie der Bertelsmann Stiftung: Ohne neue Weichenstellungen sind ein weiterer Rückgang des Rentenniveaus und steigende Beiträge unvermeidlich



Foto: iStockphoto.com/pkline

Wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1970 demnächst aus dem Berufsleben ausscheiden, wird das Niveau der Renten in Deutschland weiter sinken und der Beitragssatz steigen müssen. Um eine langfristige Unterfinanzierung der gesetzlichen

Rentenkassen zu verhindern, reichen einzelne Veränderungen nicht aus, sondern nur ein Paket an Maßnahmen. Dies ergibt eine Simulationsrechnung der Bertelsmann Stiftung zur langfristigen Tragfähigkeit des deutschen Rentensystems. Danach werden die bereits vorgenommenen Rentenreformen, aber auch eine weiter steigende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt nicht ausreichen, um das Rentensystem langfristig stabil zu finanzieren. Wirklich entlastende Effekte würde dagegen die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung bewirken. Darüber hinaus auch eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen, eine tiefgreifende Verbesserung der Bildungsstruktur oder eine nochmalige Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Der zusätzliche Druck auf das Rentensystem ergibt sich nach den Berechnungen aus dem anhaltenden demographischen Wandel in der deutschen Bevölkerung. Während heute der Anteil der über 65-Jährigen bei 30 Prozent liegt, sieht die Prognose für 2030 einen Anteil von 49 Prozent und für 2060 von 63 Prozent*. Damit entsteht spätestens ab 2030 ein neuer Anpassungsbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zwar werden sich bis 2030 die Veränderungen von Beitragssatz und Rentenniveau in Grenzen halten. So wird der Beitragssatz auf 21,3 Prozent ansteigen, während das Rentenniveau auf 45,2 Prozent absinkt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Geburtenrate gleichbleibt, die Lebenserwartung nur zwei Jahre pro Dekade steigt und die Nettozuwanderung bei durchschnittlich 150.000 pro Jahr liegt. Die weitere Fortschreibung dieser Größen bis zum Jahr 2060 würde allerdings dazu führen, dass der Beitragssatz auf 27,2 Prozent ansteigen muss, wenn wenigstens noch ein Rentenniveau von 41,2 Prozent erreicht werden soll.

Auch ein beschleunigtes Wachstum von Arbeitsproduktivität und Löhnen könnte dabei nicht für nennenswerte Entlastungen sorgen. Selbst bei einem jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1 Prozent ließe sich der Anstieg des Beitragssatzes nur um 0,7 Prozentpunkte auf 26,5 Prozent begrenzen.

Den schnellsten und größten Erfolg verspräche allerdings die direkte Ausweitung des Versichertenkreises durch die Einführung der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht für Selbstständige und Beamte. Durch ihre Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung könnte die Senkung des Rentenniveaus und der gleichzeitig steigende Beitragssatz gestoppt werden. Unter diesen Bedingungen wäre schon 2020 ein Rentenniveau von 48,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 18,9 Prozent möglich. Und auch in der Langfristperspektive würde der Effekt erheblich sein. Das heißt, 2060 würde ein Beitragssatz von 24,7 Prozent für ein 50,8-prozentiges Rentenniveau ausreichen.

ANSPRECHPARTNER



Juliane Landmann

Telefon:
+49 5241
81-81245



Eric Thode

Telefon:
+49 5241
81-81581

PROJEKT

Wirtschaftliche
Dynamik und
Beschäftigung

WEBLINK

[zum Artikel der FAZ](#)

DOWNLOADS

[Studie zur Alterssicherung und Arbeitsmarktdynamik \(1.6 MB\)](#)

[Methodenbericht zum Simulationsmodell \(2.8 MB\)](#)

[Grafik: Effekte einer Einbeziehung Selbstständiger und Beamter \(315 KB\)](#)

[Grafik: Effekte erhöhter Beschäftigung \(367 KB\)](#)

[Grafik: Effekte höherer Qualifikationen \(332 KB\)](#)

Berechenbare aber deutlich geringere Erfolge versprechen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine verbesserte berufliche Qualifikationsstruktur der Beschäftigten sowie längere Lebensarbeitszeiten. Könnte die durchschnittliche Frauenerwerbsquote in der Gruppe der 30- bis 55-Jährigen auf das Niveau der Männer (92 Prozent) gesteigert werden, würde sich der Beitragssatz 2060 im Vergleich zum Referenzszenario um 0,5 Prozentpunkte auf 26,7 Prozent reduzieren lassen und das Rentenniveau würde mit 41,8 Prozent um 0,6 Prozentpunkte darüber liegen. Würde dagegen das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 69 Jahre erhöht und so das effektive Rentenalter auf 67 Jahre angehoben, könnte 2060 immerhin ein Rentenniveau von 42,3 Prozent bei einem Beitragssatz von 26,2 Prozent gewährleistet werden.

Den vergleichsweise schwächsten Effekt auf die Rentenfinanzen würde die Verbesserung der Qualifikationen in Deutschland liefern. Ließe sich etwa der Trend zur Höherqualifizierung so weiter entwickeln, dass bis 2030 der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss von heute 18 Prozent auf 35 Prozent wächst und dass gleichzeitig der Anteil von Menschen ohne beruflichen Bildungsabschluss von 19 auf neun Prozent sinkt, so ließe sich der Beitragssatz im Jahr 2060 um lediglich 0,2 Prozentpunkte auf 27 Prozent reduzieren.

Größere Effekte als einzelne Maßnahmen würden von einem Maßnahmenbündel ausgehen. Gelänge es, gleichzeitig Renteneintrittsalter und Frauenerwerbsbeteiligung zu erhöhen sowie die Bildungsstruktur zu verbessern, wäre im Jahr 2060 immerhin ein Rentenniveau von 42,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 25,5 Prozent zu erwarten.

"Wenn die gesetzliche Rentenversicherung trotz der älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung finanzierbar und leistungsfähig bleiben soll, wird das sicherlich nicht ohne steigende Beiträge gehen. Wir haben es aber in der Hand, woher die Beiträge kommen", resümiert Eric Thode, Projektleiter der Bertelsmann Stiftung, die Ergebnisse der Studie. "Um die Lasten gleichmäßig und fair zu verteilen, brauchen wir eine Mischung aus steigender Arbeitsproduktivität, höherer Erwerbsbeteiligung und neuen Beitragszahlern. Nur so lassen sich langfristig eine Überforderung der Versicherungsgemeinschaft vermeiden und das Rentenniveau stabilisieren", so Thode weiter. "Aber nur wenn schon heute gleich eine Reihe von substanziellen Maßnahmen ergriffen werden, lassen sich die notwendigen Veränderungen behutsam und schrittweise umsetzen. Das Thema der langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen sollte damit ohne Frage zu den Kernanliegen der Regierung nach den Wahlen gehören."

* Die genannten Anteile beziehen sich auf den so genannten Altenquotienten. Er setzt die Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber ins Verhältnis zu je 100 Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren.

Zur Studie

Das gesetzliche Rentensystem steht vor einer Phase wachsender finanzieller Anspannung, die durch den demographischen Wandel verursacht wird. Diese Perspektive erklärt die einschneidenden Reformen des Rentensystems, die in den vergangenen Jahren bereits ergriffen wurden. Sie sollte bei jeder neuerlichen Debatte zur Rentenpolitik nicht aus den Augen verloren werden. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat Prof. Dr. Martin Werdning von der Ruhr-Universität Bochum umfangreiche Langfristprojektionen zur Entwicklung von Rentenniveau und Beitragssatz bis zum Jahr 2060 erstellt. Dabei wurden eine Reihe von Varianten der zukünftigen Entwicklung, wie etwa mehr Beschäftigung, bessere Qualifikationen und ausgewählte derzeit diskutierte Reformmaßnahmen analysiert.

Nachrichten

Pressemeldung

Gütersloh, 15.03.2013

Der Renteneintritt der Babyboomer setzt die Rentenversicherung schon bald wieder unter erheblichen Druck

Studie der Bertelsmann Stiftung: Ohne neue Weichenstellungen sind ein weiterer Rückgang des Rentenniveaus und steigende Beiträge unvermeidlich



Foto: iStockphoto.com/pkline

Aktualisierte Fassung vom 15. März 2013: Wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1970 demnächst aus dem Berufsleben ausscheiden, wird das Niveau der Renten in Deutschland weiter sinken und der Beitragssatz steigen müssen. Um eine langfristige

Unterfinanzierung der gesetzlichen Rentenkassen zu verhindern, reichen einzelne Veränderungen nicht aus, sondern nur ein Paket an Maßnahmen. Dies ergibt eine Simulationsrechnung der Bertelsmann Stiftung zur langfristigen Tragfähigkeit des deutschen Rentensystems. Danach werden die bereits vorgenommenen Rentenreformen, aber auch eine weiter steigende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt nicht ausreichen, um das Rentensystem langfristig stabil zu finanzieren. Wirklich entlastende Effekte würde dagegen die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung bewirken. Darüber hinaus auch eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen, eine tiefgreifende Verbesserung der Bildungsstruktur oder eine nochmalige Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Der zusätzliche Druck auf das Rentensystem ergibt sich nach den Berechnungen aus dem anhaltenden demographischen Wandel in der deutschen Bevölkerung. Eine Kennziffer, die diese Verschiebung im Altersaufbau anzeigt, ist der Altenquotient. Er setzt die Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber ins Verhältnis zu je 100 Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren und liefert zugleich die demographischen Fundamentaldaten für die Finanzierung des Rentensystems. Dieser Anteil liegt derzeit bei gut 30 Prozent, bis 2030 wird er auf rund 49 Prozent und bis 2060 weiter auf rund 63 Prozent ansteigen.

Damit entsteht spätestens ab 2030 ein neuer Anpassungsbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zwar werden sich bis 2030 die Veränderungen von Beitragssatz und Rentenniveau in Grenzen halten. So wird der Beitragssatz auf 21,3 Prozent ansteigen, während das Rentenniveau auf 45,2 Prozent absinkt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Geburtenrate gleichbleibt, die Lebenserwartung nur zwei Jahre pro Dekade steigt und die Nettozuwanderung bei durchschnittlich 150.000 pro Jahr liegt. Die weitere Fortschreibung dieser Größen bis zum Jahr 2060 würde allerdings dazu führen, dass der Beitragssatz auf 27,2 Prozent ansteigen muss, wenn wenigstens noch ein Rentenniveau von 41,2 Prozent erreicht werden soll.

Auch ein beschleunigtes Wachstum von Arbeitsproduktivität und Löhnen könnte dabei nicht für nennenswerte Entlastungen sorgen. Selbst bei einem jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1 Prozent ließe sich der Anstieg des Beitragssatzes nur um 0,7 Prozentpunkte auf 26,5 Prozent begrenzen.

Den schnellsten und größten Erfolg verspräche allerdings die direkte Ausweitung des Versichertenkreises durch die Einführung der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht für Selbstständige und

ANSPRECHPARTNER



Juliane Landmann

Telefon:
+49 5241
81-81245



Eric Thode

Telefon:
+49 5241
81-81581

PROJEKT

Wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung

WEBLINK

[zum Artikel der FAZ](#)

DOWNLOADS

[Studie zur Alterssicherung und Arbeitsmarktdynamik \(1.6 MB\)](#)

[Methodenbericht zum Simulationsmodell \(2.8 MB\)](#)

[Grafik: Effekte einer Einbeziehung Selbstständiger und Beamter \(315 KB\)](#)

[Grafik: Effekte erhöhter Beschäftigung \(367 KB\)](#)

[Grafik: Effekte höherer Qualifikationen \(332 KB\)](#)

Beamte. Durch ihre Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung könnte die Senkung des Rentenniveaus und der gleichzeitig steigende Beitragssatz gestoppt werden. Unter diesen Bedingungen wäre schon 2020 ein Rentenniveau von 48,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 18,9 Prozent möglich. Und auch in der Langfristperspektive würde der Effekt erheblich sein. Das heißt, 2060 würde ein Beitragssatz von 24,7 Prozent für ein 50,8-prozentiges Rentenniveau ausreichen.

Berechenbare aber deutlich geringere Erfolge versprechen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine verbesserte berufliche Qualifikationsstruktur der Beschäftigten sowie längere Lebensarbeitszeiten. Könnte die durchschnittliche Frauenerwerbsquote in der Gruppe der 30- bis 55-Jährigen auf das Niveau der Männer (92 Prozent) gesteigert werden, würde sich der Beitragssatz 2060 im Vergleich zum Referenzszenario um 0,5 Prozentpunkte auf 26,7 Prozent reduzieren lassen und das Rentenniveau würde mit 41,8 Prozent um 0,6 Prozentpunkte darüber liegen. Würde dagegen das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 69 Jahre erhöht und so das effektive Rentenalter auf 67 Jahre angehoben, könnte 2060 immerhin ein Rentenniveau von 42,3 Prozent bei einem Beitragssatz von 26,2 Prozent gewährleistet werden.

Den vergleichsweise schwächsten Effekt auf die Rentenfinanzen würde die Verbesserung der Qualifikationen in Deutschland liefern. Ließe sich etwa der Trend zur Höherqualifizierung so weiter entwickeln, dass bis 2030 der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss von heute 18 Prozent auf 35 Prozent wächst und dass gleichzeitig der Anteil von Menschen ohne beruflichen Bildungsabschluss von 19 auf neun Prozent sinkt, so ließe sich der Beitragssatz im Jahr 2060 um lediglich 0,2 Prozentpunkte auf 27 Prozent reduzieren.

Größere Effekte als einzelne Maßnahmen würden von einem Maßnahmenbündel ausgehen. Gelänge es, gleichzeitig Renteneintrittsalter und Frauenerwerbsbeteiligung zu erhöhen sowie die Bildungsstruktur zu verbessern, wäre im Jahr 2060 immerhin ein Rentenniveau von 42,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 25,5 Prozent zu erwarten.

"Wenn die gesetzliche Rentenversicherung trotz der älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung finanzierbar und leistungsfähig bleiben soll, wird das sicherlich nicht ohne steigende Beiträge gehen. Wir haben es aber in der Hand, woher die Beiträge kommen", resümiert Eric Thode, Projektleiter der Bertelsmann Stiftung, die Ergebnisse der Studie. "Um die Lasten gleichmäßig und fair zu verteilen, brauchen wir eine Mischung aus steigender Arbeitsproduktivität, höherer Erwerbsbeteiligung und neuen Beitragszahlern. Nur so lassen sich langfristig eine Überforderung der Versicherungsgemeinschaft vermeiden und das Rentenniveau stabilisieren", so Thode weiter. "Aber nur wenn schon heute gleich eine Reihe von substanziellen Maßnahmen ergriffen werden, lassen sich die notwendigen Veränderungen behutsam und schrittweise umsetzen. Das Thema der langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen sollte damit ohne Frage zu den Kernanliegen der Regierung nach den Wahlen gehören."

Zur Studie
Das gesetzliche Rentensystem steht vor einer Phase wachsender finanzieller Anspannung, die durch den demographischen Wandel verursacht wird. Diese Perspektive erklärt die einschneidenden Reformen des Rentensystems, die in den vergangenen Jahren bereits ergriffen wurden. Sie sollte bei jeder neuerlichen Debatte zur Rentenpolitik nicht aus den Augen verloren werden. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat Prof. Dr. Martin Werding von der Ruhr-Universität Bochum umfangreiche Langfristprojektionen zur Entwicklung von Rentenniveau und Beitragssatz bis zum Jahr 2060 erstellt. Dabei wurden eine Reihe von Varianten der zukünftigen Entwicklung, wie etwa mehr Beschäftigung, bessere Qualifikationen und ausgewählte derzeit diskutierte Reformmaßnahmen analysiert.

In einer früheren Version dieser Pressemitteilung ist uns ein Fehler unterlaufen. Unsere Formulierung ließ den Schluss zu, dass derzeit ein Drittel und im Jahr 2060 63 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre sind. Unsere Studie (siehe Download in der rechten Spalte) weist auf Seite 16 ff jedoch aus, dass es sich hierbei um den Altenquotienten handelt, also das Verhältnis der über 65-Jährigen zum Erwerbspersonenpotenzial. An unserer Einschätzung zur Zukunft des Rentensystems in Deutschland ergeben sich dadurch keine Änderungen. In der aktuellen Fassung wurden diese Angaben korrigiert. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.